

Politik



Die Demonstrationen von Genua und ihre Folgen haben die Situation innerhalb der italienischen Linken stark verändert

Seite 2

Interview



Die amerikanische Frauenbewegung ist größtenteils institutionalisiert und verdient das Adjektiv radikal nicht

Seite 4

Hochschule



Education not for sale! Unter diesem Motto rufen europaweit verschiedene Studierendenvertretungen zu Protesten auf. Wird vielleicht gestreikt?

Seite 3



<http://bo-alternativ.de>



Dank Ströbeles besorgtem Blick darf Fischer weitermachen Kleine Könige

Schröder macht Genosse Stalin alle Ehre. Man kann schlecht behaupten, die Kopplung von Kriegstreiberei und Machtpolitik sei eine Unverfrorenheit gegenüber seinen KoalitionspartnerInnen, nur weil diese ihre eigene Nutzlosigkeit noch nicht begriffen haben.

Das Gegenteil ist der Fall. Mit allem Moralin, was in der oliv-grünen Partei seit ihrer bedingungslosen Kapitulation im Kosovo-Krieg an politischem Gehalt übrig blieb, wenden und drehen ihre führenden SprecherInnen die Hälse zur Macht hin. Beweis: Der politische Angriff aus dem Kanzlerbunker sorgte für altbekannte Reaktionen wie etwa Weltuntergangsstimmung (bekannt aus den 80er Jahren), infolge dessen realistische Besonnenheit verbunden mit der Frage, wie man sein kleines Gewicht machtvoll in einer Regierung nutzen kann (Anfang 90er), bis hin zu der Einsicht in die Notwendigkeit (Kosovo-Krieg).

Wir erinnern uns: Acht renitente GewissensträgerInnen brabbelten bis letzte Woche, dass Krieg keine Probleme

löse, Gewalt zu Gegengewalt führe, die wirklichen Ursachen des Terrors bekämpft werden müssten. Schon zu diesem Zeitpunkt konnte man wissen, dass sie kleinzukriegen sind. Mit keinem Wort füllten sie die Begriffe „Probleme“ oder „Krieg“, schon gar nicht suchten sie ernsthaft nach „Ursachen“ des „Terrors“. Der weiterführende Erklärungsansatz, mit dem sie Anfang der 80'er Jahre die Ursachen für das Elend der Welt erklären konnten – nämlich eine Analyse der kapitalistischen Verhältnisse im globalen Maßstab – ist in Vergessenheit geraten, übrig blieben die Worthülsen.

komplett gaga

Dass man mit diesem inhaltslosen Vokabular schon 1999 „Frieden schaffen“ konnte, indem man sich seiner „historischen Verantwortung“ stellt, sollte nicht verwundern. Auch nicht, dass die ideelle Gesamtmoralistin C. Roth auf einem unbedeutenden Landesparteitag die schizophrene Aufteilung der acht standhaften KriegsgegnerInnen in vier Sieger und vier Verlierer eines Glücksspiels als logische Konsequenz „gewissenhaften, moralischen Handelns“ bezeichnete.

Aber warum immer auf die Grünen einhacken. Es gibt noch viel mehr Polit-Hodds. Man stelle sich vor, die Sozen initiieren den Krieg und die Union macht nicht mit. Ja sind die denn wahnsinnig? Gegen den Krieg?? Zusammen mit der PDS??? Oder die Gliberalen. Wollen die diesmal wirklich nicht ins Regierungsbett springen? Ein kleines Signal in der Vertrauensfrage hätte gereicht.

Selbst KriegsbefürworterInnen können im Moment nur schwer ausmachen, auf welchen Kanzlerwahlverein wirklich Verlass ist. Als König von Deutschland würde ich jedenfalls mein Zentralorgan – z.B. die *Frankfurter Allgemeine* – darauf anspitzen, klare Ver-

... Fortsetzung auf Seite 2



Zur Normierungsfunktion von Studiengebühren Optimiert studiert

Die Einführung von Studiengebühren ist Ausdruck der Auffassung, Bildung sei kein Rechtsanspruch, sondern eine Ware, für die selbstverständlich bezahlt werden muss. Die StudentInnen werden zu KundInnen degradiert, im Hinblick auf die Markteffizienz erfolgt der Abbau demokratischer Mitbestimmungsmöglichkeiten zugunsten von managementartigen Leitungsstrukturen.

Studiengebühren sind als Bestandteil neoliberaler Politik zu sehen, deren Ziel es ist, gesellschaftliche Aufgaben zu privatisieren – und neben Bildung und Ausbildung auch die Risiken von Beschäftigung, Gesundheit und Altersvorsorge auf die Einzelnen abzuwälzen. Das Studium wird als Investition in das eigene Humankapital begriffen, die sich für den studierenden Arbeitskraftunternehmer eines Tages rentieren kann. Daraus ergibt sich auch eine Wettbewerbssituation der StudentInnen untereinander, die in Konkurrenz um die Ware Bildung und die daraus resultierenden Zukunftsperspektiven treten. Um der Einfö-

hrung von Studiengebühren die entsprechende gesellschaftliche Akzeptanz zu verschaffen, wird das Konstrukt der sogenannten LangzeitstudentInnen bemüht.

Die Erfindung des Langzeitstudiums

Analog zur „Faulenzerdebatte“ hat das Bild von LangzeitstudentInnen, die sich auf Kosten der SteuerzahlerInnen ein faules Leben an der Hochschule leisten und dabei noch den „fleißigen“ StudentInnen den Platz wegnehmen, weitgehende Verbreitung gefunden.

Dass dies mit der Realität nichts gemein hat und auf methodisch zweifelhaften Berechnungen basiert, ist dabei nicht von Interesse. Die Schlussfolgerung, dem vermeintlichen Raubbau an der Gemeinschaft durch Langzeitgebühren einen Riegel vorzuschieben, liegt auf der Hand. Die unter StudienanfängerInnen noch recht hohe Zustimmung zu Langzeitstudiengebühren relativiert sich nach einigen Semestern, wenn sie erkennen müssen, wie schnell man selbst unbeabsichtigt die vorgesehenen Studienzeiten überschreitet und dass sie persönlich von diesen Gebühren betroffen sein könnten. Komplett ausgeblendet werden in der Debatte die Gründe für ein längeres Studium, wie etwa Lohnarbeit zur Sicherung des Lebensunterhalts oder die mangelhafte Ausstattung der Hochschulen, die ein Studium innerhalb der Regelstudienzeit häufig a priori unmöglich machen. Studiengebühren sind in keinster Weise geeignet, diese

u.a. aus jahrelanger bewusster Unterfinanzierung resultierenden Probleme der Hochschulen zu lösen.

Wettbewerb unter den StudentInnen

Die vom Wettbewerbsgedanken implizierte Entsolidarisierung ist in Teilen der StudentInnenschaft bereits vollzogen. Wer – was nicht unüblich ist – alle dreißig Exemplare eines Buches ausleiht, um sich gegenüber den KommilitonInnen das Informationsmonopol zu sichern, der oder die beweist lediglich, die Marktgesetze verstanden zu haben und kann wohl als Musterbeispiel für den Wettbewerb unter den StudentInnen gelten.

Lenkungswirkungen

Studiengebühren jeder Art, egal ob in Form von Studienkonten oder sogenannten Langzeitgebühren, weisen eine Lenkungswirkung auf, die zu einer Ausrichtung des Studiums an der unmittelbaren Verwertbarkeit des Erlernten auf dem Arbeitsmarkt führen. Nur so kann sich die eingangs erwähnte Investition in das eigene Humankapital, als die ein gebührenpflichtiges Studium verstanden wird, rentieren. Durch Stipendien können beispielsweise auch Firmen in ihre künftigen Angestellten investieren und sich darüber ihren Einfluss auf Studienfachwahl u.ä. sichern.

Der normierende Charakter von Studiengebühren ist offensichtlich. Sie dienen der Disziplinierung der StudentInnen, die zu einer Selbstoptimierung im Sinne der Anforderungen des Arbeitsmarktes gezwungen werden. Alternative Lebensentwürfe werden unmittelbar sanktioniert. Damit leisten Studiengebühren einen entscheidenden Beitrag zur repressiven Normierung von Biografien. Jede

Verlängerung der Studienzeit treibt die finanzielle Belastung der StudentInnen in die Höhe. Der Blick über den Tellerrand des eigenen Faches wird zum Luxus, von einem selbstbestimmten Studium kann keine Rede mehr sein. Die StudentInnen werden zu Fachidiotten erzogen, ein kritisches Hinterfragen der Studieninhalte oder die Beschäftigung mit unkonventionellen Themen werden für die meisten im Wortsinne unbezahlbar. Durch die Einschränkung der eigenen Entscheidungsspielräume tritt an Stelle einer kritischen Aneignung von Wissenschaft die rationierte Zuteilung eines begrenzten, scheinbar neutralen Lernstoffes. Die Entpolitisierung des Wissenschaftsbetriebes wird damit weiter vorangetrieben. Letztlich wird ein Wissenschaftsbegriff etabliert, der kurzfristig die unmittelbare wirtschaftliche Verwertbarkeit zum einzigen Erfolgsmaßstab von Forschung und Lehre erklärt. Solch eine rein ökonomistische Perspektive bringt Forschungsergebnisse hervor, die allenfalls als kurzfristiges Flickwerk taugen, aber nicht zur langfristigen Lösung gesellschaftlicher Probleme beitragen.

Kerstin Puschke

Kerstin Puschke ist Mitglied im Vorstand des bundesweiten studentischen Dachverbandes *fzs* – freier Zusammenschluss von studentischen Innenschaften

Der Artikel erschien bereits am 14.11.2001 in einer Beilage zur Wochenzeitung *Jungle World*.

Oberrempler Stüber

Zu einem Zwischenfall kam es bei der Kundgebung zum Gedenken an die Reichspogromnacht, als Kränze niedergelegt bzw. aufgehängt wurden. OB Stüber rempelte den Vorsitzenden der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN/BDJ), Klaus Kunold, zur Seite, als Klaus Kunold an der gleichen Stelle wie in den vergangenen Jahren einen Kranz seiner Organisation anbringen wollte. Dort hängt jetzt ein Kranz der Stadt Bochum. Viele Anwesende waren darüber verärgert, dass die Gedenkveranstaltung wie auch schon in vergangenen Jahren durch den Lärm von städtischen Bauarbeitern gestört wurde, die die Dekoration des Weihnachtsmarktes aufbauten.

Unfrieden auf der Friedensdemo

Bei der ruhrgebietsweiten Friedensdemonstration am Samstag in Dortmund mit nach Polizeiangaben 3.000 Teilnehmenden, von denen aber nur rund 1.000 an der Abschlusskundgebung teilnahmen, kam es gegen Ende zu handgreiflichen Auseinandersetzungen.

Nach einer Reihe wenig interessanter Redebeiträge befürwortete ein Gewerkschaftsvertreter den Einsatz militärischer Mittel gegen Afghanistan und hob die Bedeutung der rot-grünen Koalition hervor. Dafür erntete er minutenlanges Pfeifen und wurde fast von der Bühne heruntergerissen. Die Lautsprecheranlage brannte bei dem Versuch einer Person, dem Redner den Strom abzubrechen durch, so dass die Kundgebung längere Zeit unterbrochen wurde. Belohnt wurde der „Tabubrecher“ in der Zeit mit ungeteilter medialer Aufmerksamkeit. Anschließend versuchte ein weiterer Gewerkschaftsvertreter den ramponierten Ruf der Gewerkschaften zu korrigieren und kritisierte seinen Kollegen ganz unkollegial in aller Öffentlichkeit.

Als zur Beruhigung der Situation zwei Künstlerinnen mit Gitarre und Gesang unerträgliche Friedenslieder darboten, jaulte der jüngere Teil des Publikums schmerz erfüllt mit, doch auch der Großteil der älteren, friedensdemoerfahrenen TeilnehmerInnen verließ entnervt das Gelände.

Ein Anschlag verändert die Welt – oder doch nicht?

Die Terroranschläge auf New York und Washington haben die Welt verändert, so heißt es. Die ganze Welt zeigt sich betroffen und bekundet ihr Beileid mit den Opfern. Dabei ist es gar kein Geheimnis, warum gerade diesen Toten solche eine Bedeutung zuteil wird: Die Opfer der Anschläge waren nicht einfach nur Menschen, sondern US-Bürger, die Gebäude nicht einfach nur Gebäude, sondern Zentralen der amerikanischen Wirtschafts- und Militärmacht. Die amtlichen Meinungsmacher allerorts verknüpfen das Gedenken an die Toten denn auch bruchlos mit dem eigentlichen Opfer, auf das es ankommt, die „ins Mark getroffene Weltmacht“. Mit ihren Solidaritätsbekundungen für die USA äußern sie Verständnis für das Bedürfnis nach Vergeltung, zu der die Vereinigten Staaten nun „jedes Recht haben“. So kurz ist der Weg vom „unpolitischen“ menschlichen Mitleid zur Befürwortung von neuer Gewalt und noch mehr Tod – nun aber organisiert von den befugten Tätern und mit den richtigen Opfern, die unser Mitleid dann nicht verdienen.

Wie zu erwarten war, lässt der „Gegenschlag“ der USA nicht lange auf sich warten; sie melden ein globales Aufräumen an, das sich gewaschen hat. Von wegen also, die Anschläge hätten

die Welt verändert. Vielmehr ist es die in ihrer Breite noch nicht abzusehende Reaktion der Weltmacht, die sich angegriffen sieht, die das hervorbringt, was wie

selbstverständlich unter dem Titel der „neuen Weltlage“ behandelt wird. Eben diese neue Lage wirft einige Fragen auf, über die auf der von der Zeitschrift GEGENSTANDPUNKT angebotenen Veranstaltung diskutiert und gestritten werden soll.

Mittwoch, 28.11., um 16 Uhr
Diskussionsveranstaltung der Zeitschrift
Gegenstandpunkt, in der Uni Dortmund, Emil-Figge-Str. 50 (alte TH), Hörsaal 1

... fortgesetzt von Seite 1

Kleine Könige

hältnisse zu schaffen, damit auch in Zukunft die deutsche Außenpolitik berechenbar bleibt. Oder läuft der Laden etwa umgekehrt, nämlich so dass keine Politik mehr stattzufinden hat? Wichtig wäre dann lediglich, dass fast ausnahmslos alle total bereit sind, Krieg zu führen.

Dies könnte jedoch nach hinten losgehen, da ein entfesselter deutscher Militarismus bewiesenermaßen zu einem sehr schlechten Ansehen dieses Landes führt. Solange es nur Richtung Kosovo und Mazedonien ging, war alles O.K. Von Napoleon könnte man sagen, dass er großwahnsinnig war, aber dennoch erreichte er Moskau. Aber jetzt mit deutschen Truppen bis Afghanistan, ohne je Moskau erreicht zu haben? Komplette gaga.

Westentaschenformat

Die Möglichkeit, im Weltmaßstab mittels Krieg eigene ökonomische Interessen durchzusetzen oder sogenanntes „Prestige“ zu gewinnen, scheitert an den Ansprüchen der USA, denen gegenüber Schröder keine „uneingeschränkte Solidarität“ zusichern konnte, zumal Solidarität nur unter Gleichen existieren kann. Nach Hermann Gremliza bliebe lediglich die uneingeschränkte Loyalität bzw. aus deutscher Sicht der absolute Kadavergehorsam, aber selbst das

nützt nix: Wie schön war das Augenrollen von Bush und Rumsfeld zu beobachten, als Schröder versuchte, den beiden in den Arsch zu kriechen. Und was blieb ihm außer einem faden Beigeschmack, als er wieder herausgebrochen kam: Erstens kein Ergebnis und zweitens eine Demütigung, welche in Trotz und Größenwahn umschlug. „Ich will aber in den Krieg“, sagt der kleine Vasall, der plötzlich feststellen muss, dass er gar kein König ist.

artgerechtes Verhalten

Wohl an! Der neunmal kluge Focus will auch mitmachen. Fast zeitgleich mit CDU-Mitglied Sabine Christiansen kommt das Kampfblatt auf den Trichter, die Grünen hätten mittels „Hochverrat an ihren Wählern“, „Selbstmord“ begangen.

Das passierte spätestens schon 1999, ist daher auch keine Meldung mehr wert und berücksichtigt nicht die Tatsache, dass sich auch CDU, CSU, FDP und SPD nicht artgerecht verhalten haben. Die gesamte Yellow-Press beteiligt sich an der Verdummung und



der Auflösung der Politik im Kampf um WählerInnenquoten, Auflagen und Publicity. Aber wen stört's?

Einzig die Bild blieb auf bewährtem Kurs und bezeichnete vor Schröders Coup die acht Grünen als „Verräter“, „Abweichler“ und sonstwas. Die in den 30er und 40er Jahren äußerst beliebte Zeitung Der Stürmer nannte pazifistisches Verhalten einst „Wehrkraftzersetzung“, „Hoch-“ bzw. „Volksverrat“ und lieferte oftmals auch praktische Handlungsanweisungen zum Umgang mit dem politischen Gegner – etwa am 9. November 1938. Man sollte in heutigen Zeiten der Bild-Zeitung dankbar sein für ihre klaren Aussagen, ihre scharfen Analysen und ihre kurzen Sätze. Sie wird uns gerade in Zeiten der politischen Desorientierung und Neuorganisation als auch der Frage, wie Politik mit anderen Mitteln fortgesetzt werden kann, soll und muss, ein Fels in der Brandung sein.

Jørch Schönewerk

Italien nach dem G8-Gipfel

Der Gipfel hat alles verändert

Auf Einladung der Genua-Solidaritätsaktivisten aus Genua, die an der Vor- und Nachbereitung der Demonstrationen gegen den G8-Gipfel in Genua im Juli diesen Jahres beteiligt waren, das Ruhrgebiet, um in Oberhausen und Bochum zu erzählen, was sich seit Juli in Italien getan hat. In Oberhausen war die bsz dabei.

Den Einstieg machte ein Vertreter der Gruppe Genua offene Stadt, die sich seit 1993 für die ImmigrantInnen einsetzt. Vor der bislang schwersten Herausforderung stand die Gruppe 1996, als sich rassistische Angriffe auf ImmigrantInnen in Genua häuften, wobei erschreckerweise festzustellen war, dass die in Banden organisierten TäterInnen in der Regel nicht einem „spezifisch rechten Milieu“ zuzurechnen waren. Die Genuaer AntirassistInnen organisierten Fluchthäuser für ImmigrantInnen, die aus ihren Wohnungen vertrieben worden waren und versuchten eine „kulturelle Mediation“, eine Vermittlung zwischen den ImmigrantInnen und der Mehrheitsgesellschaft.

Großen Wert legte der Vertreter von Genua offene Stadt darauf, dass die Motivation seiner Gruppe nicht humanitär-moralisch sondern vielmehr darin begründet sei, dass sie in den ImmigrantInnen einen Schlüssel für Veränderung sehen. Ein Statement, auf das er leider nicht näher einging. Außerdem gelte es, den Rechten die Möglichkeit zur Instrumentalisierung der Einwanderung zu nehmen. Aus diesen Gründen habe sich seine Gruppe bei der Vorbereitung der Gegenaktivitäten zum G8-Gipfel in Genua dafür eingesetzt, gleich am ersten Tag für die Verbesserung der Situation der EinwanderInnen zu demonstrieren. Rückblickend sei dies auch die wichtigste Demonstration gewesen.

Der Beginn der Revolte

Auf ein kurzes Statement beschränkte sich der Vertreter des unabhängigen

Internetinformationsdienstes Indymedia aus Genua: Indymedia sei ein horizontales Netzwerk, jeder und jede könne gleichberechtigt mitwirken. Ein Konzept, dass offenbar auf Anklang stößt; im Vorfeld des G8-Gipfels jedenfalls hatte Indymedia Genua regen Zulauf von vor allem jungen Leuten und zahlreichen im Umgang mit Computern geübten. Für den Referenten zeigt dies, dass, so die deutsche Übersetzung wörtlich, „die Dinge besser laufen, wenn die Menschen für eine Idee und nicht für den Profit arbeiten“. Den kommerziellen Medien sei Indymedia überlegen, da die Berichte „aus dem Ereignis heraus“ erfolgten und deshalb wirklicher Nähe seien. Außerdem seien „Verfälschungen“ durch die etablierten Medien bei Indymedia ausgeschlossen. Er beendete seinen Beitrag mit dem Appell, technische Weiterentwicklungen nicht abzulehnen sondern damit einen Prozess der Revolte zu beginnen.

Politische Landschaft völlig umgekrempelt

Der Vertreter des Genua Social Forum (GSF) berichtete ausführlich über die Umwälzungen, die sich in der politischen Landschaft Italiens infolge der Aktivitäten gegen den G8-Gipfel ergeben haben. Sein Bericht über die Ereignisse zwischen Juli und November diesen Jahres geriet zu einer beeindruckenden Aufzählung von außerparlamentarischen Erfolgen.

So beteiligten sich Mitte November am „Tag des sozialen Ungehorsams“ tausende Menschen an Besetzungen von Häusern, Schulen und den Büros von Zeitarbeitsfirmen. Einen Tag zuvor beteiligten sich 230.000 Menschen an

einer Demonstration gegen den Afghanistan-Krieg und für einen neuen Tarifvertrag in der Metallindustrie. Die Metallarbeiter legten zeitgleich durch einen Streik die italienische Metallindustrie lahm. Die Demo wurde gleichermaßen von Vertretungen der Metallarbeiter wie von außerparlamentarischen und alternativen Gruppen getragen; bemerkenswert, wenn bedacht wird, dass diese Spektren noch in den 70er Jahren auf Demonstrationen handgreiflich aufeinander losgingen. Zahlreiche ähnlich beeindruckende Aktionen, von denen der Vertreter des GSF zu berichten wusste, müssen an dieser Stelle aus Platzgründen unterschlagen werden.

Aus den politischen Kräften, die sich anlässlich der Aktivitäten gegen den G8-Gipfel zusammenfanden ist inzwischen eine Bewegung geworden, ein permanenter Akteur in der politischen Landschaft Italiens. Vieles an dieser Bewegung ist neu für italienische Verhältnisse. So bezieht sich weder die Bewegung als ganzes noch die Menschen, die diese Bewegung tragen, auf eine Organisation. Dies stellt auch die Organisationen der radikalen Linken in Frage. So sei etwa die Kommunistische Neugründung, die Nachfolgepartei der Kommunistischen Partei Italiens, die Anfang der neunziger Jahre den Weg allen parlamentarischen Fleisches ging und sich zu einer Regierungspartei der Mitte wandelte, in vielen Städten nicht mehr zu vergleichen mit der Partei, die sie vor dem Juli 2001 war. So gab sie etwa ähnlich wie andere Gruppen nach stundenlangen Diskussionen im GSF ihre pauschalen Vorbehalte gegen Opfer polizeilicher Maßnahmen bei Demonstrationen auf: Für das GSF gelten alle Verhafteten solange als unschuldig, bis sie verurteilt sind. Eine Distanzierung von den Verhafteten unterbleibt. Auch andere Strömungen, etwa die Nachfolgeströmungen der historischen italie-

nischen Autonomen haben tiefgreifende Veränderungen durchgemacht und sich in die neue Bewegung eingebracht. So dominieren radikale antirassistische Initiativen in der Bewegung das Themenfeld Immigration, bemühen sich jedoch darum, Positionen zu erarbeiten, die für die gesamte Bewegung tragbar oder wenigstens akzeptabel sind.

Gesetze des Marktes in Frage gestellt

Auch wenn die neu entstandene Bewegung nicht von der radikalen Linken dominiert wird, sondern Kreise umfasst, die gewöhnlich der politischen Mitte zugeordnet werden, werden von dieser Bewegung die „Gesetze des Marktes weit über die radikale Linke hinaus in Frage gestellt“ – so der Sprecher des Genua Social Forums. Fragen, die vorher nicht als politisch galten, gelten im Zuge der Entwicklung dieser Bewegung inzwischen als hochpolitisch, als Beispiel sei nur die Gentechnologie benannt.

Einen Namen für die neue Bewegung hatte auch der GSF-Referent nicht zu bieten, die Bezeichnung „GlobalisierungsgegnerInnen“ lehnte er allerdings ab. Es handle sich eher um eine globale Bewegung, ein transnationales Netzwerk als Akteur einer „Globalisierung von unten“. Eine zentrale Rolle bei dieser Globalisierung von unten kommt dabei seiner Auffassung nach den MigrantInnen zu. Deshalb sei auch die Migration die wichtigste Herausforderung für die Bewegung in Italien. Die Opposition gegen eine aktuelle Gesetzesvorlage der Regierung zur Verschärfung des staatlichen Vorgehens gegen illegale ImmigrantInnen spielt dabei eine Schlüsselrolle. Als Ergebnis der zu erwartenden Auseinandersetzungen erwartet das GSF dabei zweierlei: Zum einen wird sich seiner Auffassung nach auch in Italien eine Selbstorganisation von illegalen EinwanderInnen nach französischem Vorbild entwickeln. Zum anderen steht die Bewegung vor der Frage einer parlamentarischen Vertretung, denn: „Die Gesetzesvorlage muß parlamentarisch gestoppt werden“.

geka



Aktiv werden gegen Studiengebühren



Unter dem Motto „education not for sale – auch nicht in Bochum“ rufen die Fachschaftenvertretung FSVK und der AStA der Ruhr-Universität Bochum die Bochumer StudentInnen zu Aktionen gegen die drohende Einführung von Studiengebühren in Nordrhein-Westfalen auf.

Ab spätestens 2004 sollen Seminare und Vorlesungen an den Universitäten und Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz eine Ware sein, käuflich für Beträge die wohl um die 25 DM pro Semesterwochenstunde liegen werden. „Das Prinzip dieses „Studienkontomodells“, erklären FSVK und AStA in einer Stellungnahme, bestehe darin, „dass jede und jeder ein bestimmtes Kontingent an Stunden erhält, die kostenlos sind“, wobei das eingeräumte Kontingent nur 20 Prozent über der Mindeststundenzahl liegt, die zur Erreichung des ersten Abschlusses nötig ist. „Jede Veranstaltung, die darüber hinaus geht, muss bezahlt werden. Das Guthaben verfällt, wenn die doppelte Regelstudienzeit überschritten wird“ – so die StudentInnenvertretungen. In jedem Fall bezahlt werden müssen Zweit- oder Zusatzstudium.

„Nicht die schlechten Studienbedingungen, die ein längeres Studium verursachen, werden bekämpft, sondern der Druck auf die StudentInnen wird erhöht“, fassen FSVK und AStA das Prinzip dieses Gebührenmodells zusammen.

Die Gebühren, Europa und die Welt

Nach Auffassung von AStA und FSVK kann diese Entwicklung nicht getrennt betrachtet werden von Entwicklungen auf der internationalen und EU-europäischen Ebene. So vereinbarten die an dem internationalen Handelsabkommen *General Agreement of Trade in Services (GATS)* beteiligten Staaten, darunter auch die Staaten der Europäischen Union, bereits 1994, Wissensvermittlung als Dienstleistung zu betrachten und den Schul- und Hochschulsektor verstärkt in die Hände der privaten Wirtschaft zu legen.

Auf dem EU-Gipfeltreffen am 14. und 15. Dezember in

Brüssel soll neben der „Liberalisierung“ der Krankenversorgung in den EU-Staaten auch über die Bildungspolitik im Rahmen des GATS verhandelt werden.

Die StudentInnenvertretungen an der RUB lehnen solche Pläne ab: „Wo eine derartige Privatisierung hinführt, kann man am britischen Schulsystem (mittlerweile eines der schlechtesten in der EU) oder am US-amerikanischen Hochschulsystem mit seinen massiven Ungleichheiten vor allem in den Bildungschancen der Einzelnen sehen“, heisst es in der erwähnten Stellungnahme.

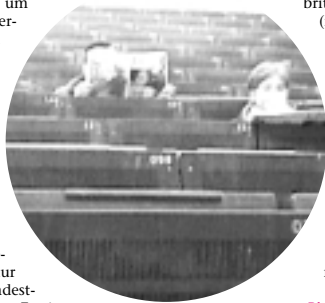
Bin ich betroffen und was tun?

Die FSVK und der AStA der Ruhr-Universität rufen daher zu Protesten nicht nur in Bochum sondern auch in Brüssel auf, anknüpfend an die Proteste von StudentInnen überall in Europa. Damit auch jeder und jede weiss, worum es geht, sollen die Proteste eröffnet werden mit einer Informationsveranstaltung zu dem Thema Kontenmodelle und Studiengebühren am Dienstag, den 27.11. im Kulturcafé an der RUB. Noch in der gleichen Woche wird sich am Donnerstag, den 29.11. eine Veranstaltung mit der Bildungspolitik der Europäischen Union befassen. Am 5.12. sind die RUB-StudentInnen aufgefordert, sich in

einer Vollversammlung zu Wort zu melden und Stellung zu beziehen. Vorläufiger lokaler Höhepunkt soll eine Protestwoche mit Information und Aktionen vom 10.-13.12. sein. Die Protestwoche findet im Kontext ähnlicher Aktionen in allen Staaten der Europäischen Union als europaweite Aktionswoche statt.

Vorläufiger Abschluss der Aktionen für dieses Jahr ist eine Demonstration in Brüssel anlässlich des erwähnten Gipfels. Für die Anreise zu dieser Demo am 14.12. stellt der AStA einen Bus zur Verfügung, Fahrkarten gibt's im AStA.

geka



Innenminister erhielt Big Brother Award Fragwürdige Ehre für Schily

Was lange währt, wird endlich gut. Ja, seine Anstrengungen zur Abschaffung von elementaren BürgerInnenrechten haben sich gelohnt – Otto Schily wurde unlängst der deutsche Big Brother Award in der Kategorie Politik verliehen.

Dieser wird seit 1998 in verschiedenen Ländern an Unternehmen, Organisationen und Personen verliehen, welche sich um die Beeinträchtigung der Privatsphäre anderer Men-

schen verdient gemacht oder sich Zugang zu Daten Fremder verschafft haben. Auch in Deutschland wird ein solcher Negativpreis mit der Absicht, eine öffentliche Diskussion um Privatsphäre und Datenschutz zu fördern, seit einem Jahr in verschiedenen Sparten verliehen.

Eine dieser Kategorien: Politik. Der diesjährige Preisträger in diesem Bereich hat sich nach Worten der Jury quasi überqualifiziert, er erhielt mit Abstand die meisten Nominierungen,

was angesichts seiner andauernden Bemühungen, insbesondere nach den Anschlägen vom 11.9., unter wechselnden Deckmänteln einen massiven Abbau von Grundrechten voranzutreiben, nicht wundert. Angefangen mit dem Schreckgespenst der Organisierten Kriminalität über DNA-Tests bis hin zur Beschneidung von BürgerInnenrechten, Aushöhlung des Datenschutzes und Einschränkung der informellen Selbstbestimmung, ja, er hat sich die Auszeichnung schon redlich verdient. Spätestens seit er schon wenige Tage nach den Anschlägen von New York und Washington die Aufnahme biometrischer Daten in Personalausweise und Pässe forderte, war er prädestiniert dafür.

Denn immerhin ist Otto Schily als Bundesinnenminister für den Schutz der im Grundgesetz festgeschriebenen BürgerInnenrechte – und damit auch für den Datenschutz – zuständig. Stattdessen kehrt er systematisch, ob mit Fingerabdrücken in Personaldokumenten oder Rasterfahndungen, ein Grundprinzip unserer Rechtsordnung um. Die sogenannte Unschuldsvermutung, nach der alle Menschen für unschuldig gelten, solange ihnen nicht das Gegenteil bewiesen worden ist, wird pervertiert, indem durch die genannten Maßnahmen sowie die verdachtsunabhängige Ermittlungskompetenz des BKAs alle BürgerInnen unter Generalverdacht gestellt werden.

Herzlichen Glückwunsch, Herr Schily!

Mittwoch, 21. November

Frauen in Schwarz: Mahnwache gegen den Krieg gegen Afghanistan

17 Uhr, neben dem Glascafé, Kortumstr.

Friedensplenum

19.30 Uhr, Bhf. Langendreer (Eingang: Kino-Café Endstation)

RadioBonteKoe präsentiert: Trottel Stereodream Experience

Folky-hyno-core aus Budapest
20 Uhr, Wageni e.V. Wallbaumweg 137

Donnerstag, 22. November

„Liberalismus und Terror“- Populismus, Militarisierung und rassistische Normalität im neuen Europa

mit: Hito Steyerl (Filmemacherin und Essayistin)
19.30Uhr, Zeche Carl (Wilhelm-Nieswandt Allee 100) Essen

„Armut und Reichtum in Deutschland“

mit Jürgen Boehk und E.U. Huster/FH Bochum
18 Uhr, BDJ-Heim, Humboldtstraße

Linkes Netzwerk Bochum

19.30 Uhr, Bhf. Langendreer (Eingang: Kino-Café Endstation)

Eröffnung: 9. blicke aus dem ruhrgebiet - Regionales Festival für Video und Film

19.30 Uhr, Kino Endstation

Samstag, 24. November

Impro-Match „Hottenlotten vs. Freier Fall Berlin“

20 Uhr, Kulturhaus - Theaterhaus Thealozzi, Pestalozzistr.21

Sonntag, 25. November.

Demo am Frauen-Abschiebeknast in Neuss

Treffpunkt: 10.15 Uhr, Bochum Hbf

RadioBonteKoe präsentiert: LES CAMELÉONS

franz. Ska-Punk
20 Uhr, Bhf. Langendreer, Bochum

Montag, 26. November

Antifa-Plenum

19.30 Uhr, Bahnhof Langendreer (Eingang: Kino-Café Endstation), Bochum

Dienstag, 27. November

Arbeit im „Dritten Reich“: Dr. I. Wölk, Stadtarchiv: Zwangsarbeit in Bochum. Ein Überblick

18 Uhr, Haus der Geschichte des Ruhrgebiets (Clemensstraße 17-19), Bochum

Ruhrkoordination – Forum kritischer GewerkschafterInnen: Die rot-grüne Gesundheitsreform

19.30 Uhr, Bhf. Langendreer, Raum 6 (Eingang: Kino-Café Endstation), Bochum

Mittwoch, 28. November

Frauen in Schwarz: Mahnwache gegen den Krieg gegen Afghanistan

17 Uhr, neben dem Glascafé (Kortumstraße), Bochum

Friedensplenum

19.30 Uhr, Bhf. Langendreer (Eingang: Kino-Café Endstation), Bochum



Interview mit Amy Mazur

„The US is not feminist at all“

Prof. Dr. Amy Mazur lehrt an der Washington State Universität in Pullmann Politikwissenschaften, z.Zt. ist sie Marie-Jahoda-Gastprofessorin für internationale Frauenforschung an der sozialwissenschaftlichen Fakultät der RUB und bietet u.a. ein Seminar zum Thema „Comparativ Gender Policy“ an. Die bsz fragte Amy Mazur zu ihrer Einschätzung der Frauenbewegung und Women's Studies in den USA.

Gibt es in den USA noch eine Frauenbewegung?

Kommt darauf an, was man unter Frauenbewegung versteht. Zumindest in Deutschland denkt man dann an Menschen auf der Straße, die demonstrieren. Radikale Leute und Massen, die alternative Dinge tun wie in den 60ern und 70ern. Wenn man eine solche Definition zugrunde legt, haben wir keine Frauenbewegung, ich glaube, kein Land hat nach diesen Kriterien noch eine Frauenbewegung. In den USA sind sie alle seitdem deutlich institutionalisierter. So gibt es zu verschiedenen Frauenthemen Aktivitäten auf lokaler, staatlicher und nationaler Ebene.

Gibt es keine Frauengruppen außerhalb von Institutionen?

Nicht dort, wo ich lebe, aber ich lebe ‚am Ende der Welt‘. Es gibt Frauengruppen in Städten: Frauenkollektive, Frauen die zusammen leben. Mein Eindruck aber ist, dass es nicht so verbreitet ist wie in Deutschland z.B. die Frauenhausbewegung oder Frauenbuchläden.

Ist das eine neue Entwicklung?

Frauengruppen und Frauenkollektive gab es eher in den 1960er und 1970er Jahren. Heute gibt es Frauengruppen in den großen Städten, wie Boston oder New York. Die US-amerikanische Frauenbewegung war nie radikal, aber es gibt einige radikale Momente. Viele Leute denken, dass die USA fortschrittlich bezüglich Frauenrechten sind und dass es häufig Erfolge der feministischen Bewegung zu verbuchen gibt. Ich persönlich halte die USA für überhaupt nicht feministisch.

Frauenbewegungen sind nicht erfolgreich, sie mobilisieren nicht so viele Leute. NOW (National Organisation of Women) zum Beispiel sind ziemlich

strukturiert und haben Abteilungen überall im Land, sie sind zum Teil erfolgreich, etwa bis zu einem gewissen Grad bei der Beeinflussung der Regierung. Wie auch NARAL (National Abortion and Reproductive Rights Action League), eine Pro-choice Gruppe [für das Recht der Frauen, Abtreibung zu wählen, bsz]. Diese Gruppe hat sich allerdings gegründet, weil so viele Leute gegen Abtreibung waren. Also geht es vor allem darum, Rechte zu verteidigen, die in den meisten westlichen Ländern selbstverständlich sind.

Feministische Bewegungen in den USA haben niemals für Abtreibung mobilisiert, weil sie das Recht an sich immer verteidigen mussten. Abtreibungssätze werden bedroht und umgebracht. Die feministischen Bewegungen haben niemals wirklich von der Regierung gefordert, für Abtreibung oder Verhütungsmittel zu bezahlen. Das ist wirklich bizarr. In europäischen Ländern war das nie ein feministisches Thema, da der Staat sich darum kümmerte. Auch zum Beispiel Kinderbetreuung oder Erziehungsurlaub sind vollkommen unzureichend. Ich weiß, dass die Kinderbetreuung auch in Deutschland nicht so gut ist, aber in den USA gibt es überhaupt keine Erziehungsurlaubs politik. Die feministische Bewegung hat jetzt angefangen, dazu zu mobilisieren. Allerdings sind das keine großen Kampagnen.

In den USA ist allerdings die Etablierung von Frauenlobbygruppen sehr verbreitet. Viele Organisation sind in Washington D.C. und sie betreiben Lobbypolitik mit einer sehr großen Spannweite von Themen. Es gibt think tanks wie das *Institute for Women's Policy Research* (IWPR).

Und haben diese Lobbygruppen radikalere Forderungen?

Nein, das IWPR betreibt Lobby bezüglich Kinderbetreuung und für eine eher europäische Ausrichtung. Aber sie haben nie viele Leute mobilisiert, Frauen gehen nicht auf die Straße, weil sie bessere Kinderbetreuung wollen. Alles was das Recht garantiert, ist die Möglichkeit, einen Monat Erziehungsurlaub zu nehmen.

Wie steht's um die Feministinnen an der Uni? Oder die feministische Wissenschaft?

Queer studies [v.a. hervorgegangen aus den Gay und Lesbian Studies, bsz] ist eine wirklich starke Disziplin, aber sie ist wirklich intellektuell und elitär in einiger Hinsicht. Queer Studies helfen nicht armen, lesbischen Frauen auf der Straße. Queer Theory wird betrieben, um eine akademische Karriere zu machen und um Lesbian Studies

oder Queer Studies innerhalb der akademischen Struktur zu fördern. Women's studies waren zu Beginn wirklich politisch und wurden etabliert, um die Aufmerksamkeit auf Geschlechterverhältnisse zu lenken, und viele aktive Feministinnen gingen in die Universitäten. Aber nach der aktiven Phase der Frauenbewegung fingen sie an, sich mehr an der politischen Tagesordnung zu orientieren, Gay Studies hatten Einzug in viele Women's Studies Programme genommen. Auch die kulturelle postmoderne Theorie, die die Mainstream-Sozialwissenschaften zurückweist, gewinnt zunehmend an Einfluss.

Normalerweise sind Women's Studies getrennt von ‚seriöseren‘ Fachbereichen, wie z.B. den Politikwissenschaften. Manchmal sind sie verbunden. Aber die Universitäten in den USA sind auch sehr dezentralisiert, es gibt keine wirkliche Unipolitik, weder auf staatlicher noch föderativer Ebene. Jede Universität – und die werden immer abhängiger von privaten Geldern – hat ihren eigenen Stil. Gay Studies oder Women's Studies fallen aber häufig auch aus dem disziplinären Rahmen, sie passen nicht in ein Fach. Ich z.B. passe nicht in ein Women's Studies Programm, ich mache Politikwissenschaften.

Ist es ein Problem, dass Gender oder Women's Studies nicht integriert sind an der Uni?

Marginalisierung kann man es nicht nennen. Studierende in den USA lieben diese genderbezogenen Kurse. Es kommen an die 60 Leute in meine Veranstaltungen. Die Budgetisierung wird danach ausgerichtet, wie viele Studierende man hat. Die Veranstaltungen sind wirklich populär, und mehr und es gibt auch immer mehr Männer, die sie besuchen. Die Women's Studies Departments haben sich dafür entschieden, separat zu sein. Ähnlich wie separate Frauenpolitik, sie können bestimmen, was in den Veranstaltungen passiert etc. Und normalerweise sind sie sehr interdisziplinär. Sie versuchen aber auch, andere Disziplinen dazu zu bringen, die Kategorie Geschlecht ernst zu nehmen. Sie üben Kritik also zum einen von innen als Women's Studies und zum anderen von außen, indem sie versuchen, feministische Inhalte in andere Disziplinen zu bringen.

tas/cu

Am 9. Januar findet in Zusammenarbeit mit der Sozialforschungsstelle Dortmund ein Workshop statt zum Thema: Gender Equality at work and in politics in Europe: A fresh look from the field in France and Germany.

:bsz konsumterror

Joghurt: Bounty versus M&M

Die Tatsache, dass der Absatzmarkt für Schokoriegel in den letzten zehn Jahren stagnierte, führte wohl dazu, dass nichts unversucht gelassen wird, das Zeug doch noch unter die Leute zu bringen. Als ob jedoch Eiscreme und Brotaufstriche noch nicht genug wären, versucht man es nun mit Joghurt.

Deswegen gibt es nun den exotischen *Bounty*-Joghurt-Traum in der Zwei-Kammer-Verpackung. Schlauer jedoch wäre es gewesen, die Kokos- und Schokoraspeln gleich darunter zu mischen, und zwar nicht allein aus ökologischen Gründen, zwei Kammern bedeutet schließlich auch mehr Verpackung. Macht man es nicht, könnte der/die KonsumentIn ja auf die Idee kommen, nur den Joghurt zu probieren. Und das hätte fatale Auswirkungen: Der Kokosjoghurt schmeckt nämlich wie die schlecht gewordene Füllung eines *Bounty*. Die Raspeln können zwar nicht alles, aber zumindest ein bisschen retten. Aber immerhin nimmt dies wunderbare



Dessert Platz drei

einer Dessert-Rankingliste ein. Welcher Rankingliste genau und wer die anderen Plätze innehat, wird dem/der KonsumentIn leider nicht verraten.

Im Gegensatz dazu ist der Vanillejoghurt der *M&M-Happy-Joghurt*-Reihe, der es bisher noch nicht in die oben angeführte Liste geschafft hat, zwar eigentlich ganz lecker, aber die *M&Ms* reinzukippen sollte man sich lieber sparen. Die verlieren nämlich ihre Farbstoffe im Joghurt (wahrscheinlich handelt es sich dabei um E108 bis E316). Verkauft wird das als „Super Fun für Kids“, sieht jedoch einfach nur ekelhaft aus, zumal die Farbmischung aussieht wie altes Wasserfarbmaltwasser. Vielleicht haben die Kids ja trotzdem Fun damit... Außerdem ist die Knickseite wirklich unpraktisch konstruiert und es bedarf schon einigen Geschicks, nicht die Hälfte der *M&Ms* daneben zu kippen. Das ist übrigens im Fall des *Bounty*-Joghurts besser gelöst, da funktioniert das einwandfrei.

Um Produkte wie die oben beschriebenen zu entwickeln und damit die Machtstellung am deutschen Schokoriegel-Markt zu behalten, arbeitet die *Mars Inc.*, die Königin der Schokoriegel und damit zu tun habender Produkte, übrigens sogar mit einer Beraterfirma zusammen, die festgestellt hat, dass Werbeplakate und Internet-Auftritte total effektiv sind. Wenn man mit diesen Erkenntnissen Geld verdienen kann, dann mal nichts wie los! Diese Firma ist im übrigen nicht nur für oben beschriebene Joghurts, sondern auch die Hallo-ween-Aktionen von *M&M* zuständig, der Marktanteil von *M&M* steigt tatsächlich auch beständig.

Bedauerlich ist jedoch, dass man nicht versucht, die Absatzdefizite am Schokoriegel-Markt durch die Einführung neuer Schokoriegel zu kompensieren, sondern stattdessen Dinge erfindet, die die Welt nicht braucht. Das liegt wahrscheinlich daran, dass die Firma *Mars* Angst hat, *Snickers*, was auch von ihnen vertrieben wird, könnte irgendwann nicht mehr der Lieblingsschokoriegel der 16 bis 14jährigen sein. Wäre auch nicht weiter verwunderlich, wenn man in Deutschland endlich auch mal die tollen Erdnussbutter-Schokoriegel verkaufen würde. Zum Glück gibt es ja noch keinen *Snickers*-Joghurt...



:bsz impressum

bsz – Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung

Herausgeber: ASTA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Verena Witte, René Voss, Dominique Bender, Johannes Bock

Redaktion dieser Ausgabe: Thomas Friedrichsmeier (tf), Martin Krämer (mk1), Gerd Krauss (geka), Thilo Machotta, Jan Schedler (jas), Tanja Tästensen (tas), Charlotte Ullrich (cu), Claus Witte (wc)

V.i.S.d.P.: Jan Schedler (Anschrift siehe unten)

Auflage/Druck: 3000 Stück, Druckerei Neuer Weg, Essen
Anschrift: bsz, c/o ASTA der Ruhr-Universität Bochum, Studierendenhaus Raum 081, 44780 Bochum

Fon: 0234-32-26900; **Fax:** 0234-32-16900

E-Mail: bsz@ruhr-uni-bochum.de

WWW: <http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz>